

Schmid, Günther

Book Part — Digitized Version

Wie in der Bundesrepublik mehr getan werden könnte

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schmid, Günther (1987) : Wie in der Bundesrepublik mehr getan werden könnte, In: Egon Matzner, Jan Kregel, Alessandro Roncaglia (Ed.): Arbeit für alle ist möglich: über ökonomische und institutionelle Bedingungen erfolgreicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, ISBN 3-924859-21-3, Edition Sigma, Berlin, pp. 177-184

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112219>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Wie in der Bundesrepublik mehr getan werden könnte

Von Günther Schmid

Mein Kommentar zu Meidners Beitrag beschränkt sich auf einige Ergänzungen aus der Sicht der Bundesrepublik, denn ich kann mir keine bessere Beschreibung des Schwedischen Modells vorstellen. Auf kritische Aspekte zur Wirksamkeit der schwedischen Arbeitsmarktpolitik hat Meidner selbst aufmerksam gemacht, und auf die besonders wunden Punkte hat schon Dymond seine Finger gelegt.

Ich möchte folgende Fragen zu beantworten versuchen:

- Soll und kann der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland dieselbe strategische Rolle zugewiesen werden wie in Schweden?
- Welche Maßnahmen eignen sich am besten zur Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme des Arbeitsmarktes?
- Welches sind die Gründe für die von Meidner beschriebene Abweichung der schwedischen Arbeitsmarktpolitik von ihrem »Ideal-Pfad«, und was können wir daraus lernen?

Bevor ich auf diese Fragen eingehe, möchte ich noch auf eine begriffliche Unterscheidung aufmerksam machen. Meidner spricht von »Arbeitskräftepolitik« (manpower policy), während ich den Begriff »Arbeitsmarktpolitik« (labour market policy) verwende. Ich weiß nicht, ob Meidner den Begriff »Arbeitskräftepolitik« bewußt gewählt hat, aber ich denke, daß dieser Begriff korrekt die schwedische Art und Weise der Arbeitsmarkt-Intervention charakterisiert. »Arbeitskräftepolitik« bezieht sich auf Maßnahmen zur Schaffung oder Förderung der Beschäftigung, die direkt am Arbeitsangebot oder an der Arbeitsnachfrage ansetzen, während »Arbeitsmarktpolitik« aus meiner Sicht auch Maßnahmen einschließt, welche die Steuerung und Regelung des Arbeits-Marktes betreffen. Das betrifft vor allem regulative Maßnahmen wie Quotenregelungen zugunsten Behinderter oder anderer Arbeitskräfte-Gruppen, Regulierung der Mindestlohnsätze, Regulierung von Einstellungen oder Entlassungen, Regulierung der industriellen Beziehungen, Regulierung der Beiträge und Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Zwar sind auch im Schwedischen Modell Elemente einer arbeitsmarktbezogenen »Ordnungs-Politik« zu erkennen, es überwiegen jedoch eindeutig direkte, auf Arbeitskräfte bezogene Maßnahmen wie berufliche Bildung und Weiterbildung, Mobilitätsanreize und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Wir sollten jedoch regulative Maßnahmen als funktionales Äquivalent der direkten Arbeitskräftesteuerung oder der direkten Versorgung mit (zeitlich befristeten) Arbeitsplätzen im Auge behalten, vor allem wenn anzunehmen ist, daß die Voraussetzungen der schwedischen Arbeitskräftepolitik in anderen Ländern nicht gegeben sind. Ein anderer Grund für die Verschiebung der Aufmerksamkeit ist die Tatsache, daß regulative Maßnahmen in einigen Ländern schon heute eine größere Rolle spielen als in Schweden. Ich erinnere nur an zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit: an die Änderung des sozialen Sicherungssystems in Großbritannien und an das »Beschäftigungsförderungsgesetz« in der Bundesrepublik Deutschland.

Die im Oktober 1985 eingeführte Differenzierung der Beiträge zur britischen Sozialversicherung (Arbeitslosenversicherung eingeschlossen) nach Einkommensklassen war ganz eindeutig mit arbeitsmarktpolitischen Absichten verbunden: Die Gesetzgeber erhoffen sich damit eine Förderung der Beschäftigung, weil die progressiven Beitragssätze einen Anreiz zur Schaffung *und* Akzeptierung von Arbeitsplätzen mit relativ niedrigen Löhnen bilden. Auch der deutsche Gesetzgeber beabsichtigte, die Beschäftigung zu stimulieren, indem er 1985 u.a. die Regelungen der zeitlichen Arbeitsvertragsgestaltung für einen befristeten Zeitraum lockerte: Bis 1989 können Arbeitgeber bei Neueinstellungen und bei der Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung ohne Begründung Arbeitsverträge schließen, die bis maximal 18 Monate befristet sind. Dies soll dem Arbeitgeber die Entscheidung erleichtern, bei noch unsicheren Ertrags-erwartungen Neueinstellungen vorzunehmen.

Ich bezweifle die Wirksamkeit beider Maßnahmen: Ich frage mich z.B., warum das hochentwickelte Industrieland Großbritannien beginnt, mit Schwellenländern zu konkurrieren, und für die Bundesrepublik befürchte ich eine Umschichtung von Dauerarbeitsplätzen auf befristete Arbeitsplätze mit verminderten Schutzrechten für die Betroffenen, aber mit geringen Nettoeffekten für das Beschäftigungsniveau und mit zweifelhaften Effekten für Produktivität und sozialen Frieden. Aber das steht hier nicht zur Debatte. Ich wollte lediglich auf das Potential regulativer Maßnahmen zur Förderung, aber auch zur Verhinderung erwünschter Beschäftigungs- oder Arbeitsmarktwirkungen aufmerksam machen, ein Punkt, der in Meidners Beitrag nicht angesprochen wird.

(1) Ich kehre nun zur *ersten Frage* zurück. Soll und kann der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland dieselbe oder eine ähnliche strategische Rolle zugewiesen werden wie in Schweden? Meine Antwort lautet Ja mit einigen Einschränkungen, die sich aus dem unterschiedlichen Kontext der deutschen Wirtschaft ergeben.

Mein bedingtes Ja gründet sich auf drei Annahmen.

Erstens: Auch in Deutschland ist der Handlungsspielraum für eine expansive Budget- und Geldpolitik eingeschränkt, aber sicherlich nicht in dem Maße wie

in Schweden. Die Bundesrepublik ist weniger als Schweden externen inflationären Schocks ausgesetzt. Die Inflation beträgt zur Zeit etwa 2% mit einer weiteren Tendenz nach unten (1,8% Nov. 1985); dagegen ist die Arbeitslosigkeit auf einem Niveau von etwa 9%. Die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale, die in den 70er Jahren eine Rolle spielte, ist relativ gering. Darüber hinaus ist der Dienstleistungssektor nicht so weit entwickelt wie in Schweden. Dies eröffnet die Möglichkeit für eine expansive Budgetpolitik zur Schaffung nichtinflationärer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, aber auch in ausgewählten Industrie-sektoren, wenn flankierende Qualifikationsmaßnahmen getroffen werden, um preistreibende Engpässe zu vermeiden. Generell gilt jedoch auch für die Bundesrepublik die Notwendigkeit einer vorsichtigen und eher restriktiven Budget- und Geldpolitik.

Zweitens: In der Bundesrepublik ist die solidarische Lohnpolitik nicht in dem Maße entwickelt wie in Schweden, dennoch enthält die deutsche Einkommens- und Lohnpolitik (im Vergleich etwa zu den USA) bedeutende solidarische und damit nivellierende Elemente. Ein Anzeichen dafür ist die häufige Klage von konservativen, vor allem jedoch von liberalen Politikern, die Löhne seien nach Regionen, Sektoren und Qualifikationsstufen nicht ausreichend differenziert, der Arbeitsmarkt sei darum erstarrt und nicht gelenkig genug. Der forschenden Forderung von neoliberalen Wissenschaftlern nach Deregulierung der Tarifverträge, d.h. nach der Möglichkeit für einzelne, ihre Arbeitskraft unterhalb der Tarifgrenze zu verkaufen (z.B. Soltwedel, 1984), mögen sich jedoch selbst die deutschen Arbeitgeberverbände nicht anschließen, da sie offenbar besser als einige »Schreibtisch-Radikale« wissen, daß Löhne nicht nur Markträumungsfunktionen, sondern auch soziale, produktive und konsumtive Funktionen haben. In dem Maße freilich, in dem eine solidarische Einkommenspolitik gefordert und gefördert wird, ergibt sich auch die Notwendigkeit einer offensiven Arbeitsmarktpolitik, um selektives Wachstum zu unterstützen und um den Verlust von Arbeitsplätzen zu kompensieren.

Drittens: Die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik sind erheblich niedriger als in Schweden. Sie betragen im Durchschnitt der letzten 10 Jahre etwa 0,8% des Bruttoinlandsprodukts gegenüber durchschnittlich 2% in Schweden. Die von Meidner beklagte Fehlentwicklung in Schweden, nämlich der Arbeitsmarktpolitik eine zu hohe Verantwortung für die Vollbeschäftigung zuzuweisen, steht in der Bundesrepublik nicht zur Debatte. Die Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik ist im allgemeinen gut und im Hinblick auf Nettobeschäftigungseffekte sogar besser als in Schweden (Johannesson/Schmid, 1980). In anderen Worten: Der Grenznutzen einer zusätzlichen Ausgabe für Arbeitsmarktpolitik ist in der Bundesrepublik höher als in Schweden. Es muß freilich zugestanden werden, daß der wissenschaftliche wie politische Konsens über die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht hoch ist (für

gegensätzliche Auffassungen vgl. z.B. Schmid, 1982; Soltwedel, 1984). Vieles muß noch zur besseren Fundierung der Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente geleistet werden. Ein Teil der Differenzen erklärt sich jedoch auch aus der unterschiedlichen Bewertung arbeitsmarktpolitischer Zielgrößen. Darüber hinaus sind die institutionellen Rahmenbedingungen für die Administration oder Implementation selektiver Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik andere als in Schweden, so daß es auch aus diesem Grund vernünftig erscheint, Alternativen zur schwedischen Form der Arbeitskräftepolitik ins Auge zu fassen.

(2) Ich komme nun zur *zweiten Frage*: Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eignen sich am besten zur Lösung der gegenwärtigen und künftigen Probleme des Arbeitsmarktes?

Meidners Antwort auf diese Frage ist eindeutig: Für den Rest der 80er Jahre soll nicht nur das Volumen der schwedischen Arbeitsmarktpolitik reduziert werden, auch die Struktur der Maßnahmen soll sich wieder dem ursprünglichen Rehn/Meidner-Modell anpassen. Anstatt in zunehmendem Maße fehlende Nachfrage zu kompensieren, soll sich die Arbeitsmarktpolitik wieder stärker dem Arbeitsangebot zuwenden und folgende Instrumente bevorzugen: Mobilitätszuschüsse, berufliche Bildung (nicht nur für Arbeitslose), Arbeitsvermittlung und Lohnkostensubventionen zur Stimulierung zusätzlicher Einstellungen. Diese angebotsorientierten Maßnahmen sollen komplementär und nicht substitutiv zu einer »aktiven Politik industrieller Entwicklung« dienen. Meine Anmerkungen dazu sind wieder Ergänzungen oder Modifikationen entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen der Bundesrepublik, kein grundsätzlicher Widerspruch.

Erstens: Zunächst stimme ich Rudolf Meidners zentraler Aussage zu, daß »die Arbeitsvermittlung die zentrale Komponente im Arsenal der Arbeitskräftepolitik ist, bei der marginale Verbesserungen die größtmöglichen Wirkungen erwarten lassen«. Das gilt um so mehr für die Bundesrepublik, deren Arbeitsvermittlungsdienste noch nicht so weit entwickelt sind wie in Schweden. Verbesserung der Vermittlungs-*Dienstleistungen* ist vor allem für die Schwervermittelbaren notwendig. Evaluierungsstudien in der Bundesrepublik weisen darauf hin, daß dienstleistungsorientierte Maßnahmen (wie Vermittlung von Basisqualifikationen, intensive Beratung und Betreuung von Betrieben sowie Arbeitsuchenden) effektiver sind als generelle Lohnsubventionen, die in wachstumsschwachen Perioden mit hoher Arbeitslosigkeit allenfalls notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die verstärkte Einstellung dieser schwervermittelbaren Arbeitskräfte-Gruppen sind (Schmid/Semlinger, 1980; Semlinger/Schmid, 1985). Ein weiteres Argument für diese (Um-)Orientierung liefert die Implementationstheorie: je effektiver die Vermittlungs-Dienstleistungen in der Bedienung des unmittelbaren Arbeitskräftebedarfs der Betriebe (offene Stellen) sind,

desto größer die Möglichkeit der Arbeitsverwaltung, die Betriebe auf der Grundlage des geschaffenen Vertrauens zur Einstellung von Schwervermittelbaren zu motivieren und Vorurteile abzubauen.

Zweitens: Die für die schwedische Situation (stark entwickelter öffentlicher Dienstleistungsbereich) verständliche Betonung zukünftiger Arbeitsmarktpolitik als Komplement »aktiver Industriepolitik« bedarf, auf die Bundesrepublik bezogen, der Modifikation. Hier sind — im Vergleich zu Schweden oder zu den USA — die öffentlichen wie privaten Dienstleistungen noch entwicklungsbedürftig. Daher erscheint es sinnvoll, öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (neben ihrer Funktion des Ersatzarbeitsmarktes für Schwervermittelbare) als Instrument zur Aufdeckung latenter Bedarfe öffentlicher Dienstleistungen zu nutzen. Im Erfolgsfall führt diese Strategie zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im öffentlichen oder halböffentlichen Sektor.

Drittens: Mein anderer Vorschlag zur Modifikation des von Meidner vorgeschlagenen Zukunftsmodells ist eher grundsätzlicher Art. Ich sehe eine weitverbreitete Zustimmung zu der These, daß Beschäftigungswachstum zunehmend von Investitionen im verarbeitenden Gewerbe abgekoppelt wird. Dies scheint vor allem für große Betriebe mit Massenproduktion zu gelten, weniger für kleine und mittlere Betriebe, die mit der Strategie »flexibler Spezialisierung« Marktnischen aufdecken können. Das Wachstumspotential dieses Betriebstypus hängt jedoch stark von der Verfügbarkeit billiger produktionsorientierter Dienstleistungen innerhalb oder außerhalb des Betriebes ab (Marketing, Forschung und Entwicklung, Finanzierung, Beratungsleistungen). Mehrere empirische Studien — die Arbeiten an unserem Institut eingeschlossen (Alban, 1984; Hull, 1984; Albrecht/Schmid, 1985) — geben Hinweise auf eine positive Korrelation zwischen der Stabilisierung oder gar dem Wachstum industrieller Beschäftigung und produktionsorientierter Dienstleistungen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß Arbeitsmarktpolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Entwicklung produktionsorientierter Dienstleistungen für kleine und mittlere Betriebe fördern sollte. Beispiele dafür wären die Bereitstellung von Fortbildungstrainern an Betriebe, die über keine eigenen Weiterbildungskapazitäten verfügen; der Ausbau multifunktionaler Trainingszentren für moderne Produktionstechnologien; der Ausbau des technischen Beratungsdienstes der Arbeitsverwaltung; die Anstoß-Subventionierung von Marketing und Forschungspersonal für kleine und mittlere Betriebe.

Viertens: Ich bin nicht sicher, ob ich dem Schwedischen Modell gerecht werde mit der Behauptung, daß es im wesentlichen ein Modell der Förderung des Beschäftigungsniveaus unter den Bedingungen hoher Wachstumsraten und schnellen strukturellen Wandels darstellt. Als ein Modell der gleichmäßigeren Verteilung des nachgefragten Arbeitsvolumens (oder der Arbeitsplatz-Teilung) unter den Bedingungen eingeschränkter Wachstums und schnellen strukturellen

Wandels erscheint es mir weniger geeignet. Dies sind jedoch, zumindest für die Bundesrepublik, die mittelfristigen Rahmenbedingungen: rasches Wachstum erscheint weder möglich noch wünschenswert angesichts der Belastungen natürlicher Ressourcen und der Umwelt. Jedenfalls reichen auch bei einem Gelingen der oben erwähnten selektiven Wachstumsstrategien die Beschäftigungseffekte nicht aus, den mittelfristig großen Überhang an Arbeitsangebot (Massenarbeitslosigkeit) zu absorbieren.

Arbeitsmarktpolitik der Zukunft muß daher in einem stärkeren Maße als bisher eine Politik der Beschäftigungs-Umverteilung sein. Ich habe daher Zweifel an Meidners Schlußfolgerung, daß »mehr dauerhafte (Lohn-)Subventionen mit dem Ziel, die Beschäftigungsexpansion anzureizen«, eingeführt werden sollten. Ich würde mich dieser Empfehlung anschließen, wenn diese längerfristigen Lohnsubventionen mit Elementen der Beschäftigungs-Umverteilung kombiniert werden. Solche bedingten Lohnsubventionen könnten folgende Formen annehmen:

- Lohnsubventionen für allgemeine Arbeitszeitverkürzungen in Kombination mit einer entsprechenden Beschäftigungssteigerung (zu einem entsprechenden Vorschlag vgl. Scharpf/Schettkat, 1984);
- Reduzierung der relativen Lohnnebenkosten für reguläre und verkürzte Arbeitszeiten und entsprechende relative Erhöhung der Lohnnebenkosten für Überstunden durch eine entsprechende Differenzierung der Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

(3) Und nun zur *letzten Frage*: Welches sind die Gründe der Abweichung der schwedischen Arbeitsmarktpolitik von ihrem im Rehn/Meidner-Modell vorgezeichneten »Idealpfad«? Ich möchte Meidners plausiblen Gründen (Ende der Beschäftigungsexpansion im öffentlichen Sektor, wachsende »Disfunktionen« auf dem Arbeitsmarkt) ein weiteres Argument hinzufügen, warum die schwedischen Politiker in den letzten Jahren zunehmend Zuflucht zur nachfrageorientierten anstatt zur angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik gesucht haben. Dieses Argument hat, kurz gesagt, etwas mit der institutionellen Verteilung der Kosten der Arbeitslosigkeit im Vergleich zur institutionellen Verteilung der Kosten und Nutzen aktiver Arbeitsmarktpolitik zu tun.

Ob eine politische Institution (Zentralstaat, Land, Provinz/Kreis, Kommune) ein arbeitsmarkt- oder beschäftigungspolitisches Programm startet, hängt unter vielen anderen Dingen von der relativen Höhe der Kosten, der institutionellen Verteilung dieser Kosten *und* von der Gewißheit der Einsparungen oder der (fiskalischen) Rückflüsse ab. In anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit eines Beschäftigungsprogramms sinkt,

- je mehr die Programmkosten die (alternativen) Kosten der Arbeitslosigkeit übersteigen,

- je größer die Inkongruenz der institutionellen Verteilung der Programmkosten und der institutionellen Verteilung der eingesparten (alternativen) Arbeitslosigkeitskosten oder der (fiskalischen) Rückflüsse einer Beschäftigungssteigerung,
- je größer die Ungewißheit der Einsparungen oder Rückflüsse aufgrund von Substitutions-, Verdrängungs- und Mitnahmeeffekten.

Mein Argument lautet vereinfacht, daß sich die schwedische Arbeitsmarktpolitik u.a. deswegen zunehmend auf die weniger effizienten öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konzentrierte, weil

- erstens deren Programmkosten die (alternativen) Kosten der Arbeitslosigkeit kaum übersteigen oder sogar geringer sind,
- zweitens die Institutionen, die das Programm bezahlen (in Schweden der Staat, die Regierungsbezirke und die Gemeinden), ihrem Kostenanteil entsprechend Einsparungen oder Rückflüsse erzielen, und
- drittens die Einsparungen oder Rückflüsse mit großer Gewißheit von allen Beteiligten erwartet werden können.

Alle drei Bedingungen für eine hohe Wahrscheinlichkeit der Realisierung arbeitsmarktpolitischer Programme sind beispielsweise für berufliche Weiterbildungsprogramme weniger günstig: deren unmittelbare Programmkosten übersteigen erheblich die (alternativen) Kosten der Arbeitslosigkeit; der schwedische Staat und die staatliche (freilich relativ autonome) Arbeitsmarktbehörde bezahlen einen Großteil der Programmkosten; die fiskalischen Erträge oder Einsparungen fließen zum Teil jedoch an die Regierungsbezirke und Kommunen, die an der Finanzierung überhaupt nicht beteiligt sind, und schließlich besteht eine hohe Ungewißheit über die tatsächliche Beschäftigungswirkung und damit über Rückflüsse in Form höherer Steuereinnahmen.

Dieses zusätzliche Argument zur Erklärung der Abweichung des Schwedischen Modells von seinem »Idealpfad« ist sicherlich noch etwas spekulativ und bedarf weiterer Überprüfung. Es sollte auch lediglich die Bedeutung institutioneller »Opportunitäts-Kosten-Betrachtungen« unterstreichen. Viel Forschung im Felde institutioneller Anreize der Arbeitsmarktpolitik bleibt noch zu tun (im Ansatz dazu vgl. Bruche/Reissert, 1985: 132ff; Schmid, 1986; Wadensjö, 1985). Institutionelle Arrangements, d.h. falsche institutionelle Anreize, können jedoch auch »Barrieren der Vollbeschäftigung« sein.

Literatur:

- Alban, C. (1984), »Existenzgründungen — Ein regionaler Vergleich unter dem Aspekt der Beschäftigungswirkungen«, Discussion Paper IIM/LMP 84-22, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IIMV), Berlin.
- Albrecht, C. / Schmid, G. (1985), »Beschäftigung und Qualifikationsstruktur in Berlin 1977 bis 1983. Ein Vergleich mit 11 bundesdeutschen Ballungsregionen und 20 ausgewählten Arbeitsamtsbezirken«, Discussion Paper IIM/LMP 84-4, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IIMV), Berlin.
- Bruche, G. / Reissert, B. (1985), *Die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik. System, Effektivität, Reformansätze* (Frankfurt a.M.: Campus).
- Hull, C. (1984), »Job Generation among Independent West German Manufacturing Firms 1974 - 1980. Evidence from Four Regions«, Discussion Paper IIM/LMP 84-15, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IIMV), Berlin.
- Johannesson, J. / Schmid, G. (1980), »The Development of Labour Market Policy in Sweden and in Germany: Competing or Convergent Models to Combat Unemployment?«, *European Journal of Political Research*, 8, No. 4.
- Scharpf, F. / Schettkat, R. (1984), »Verkürzung der Wochenarbeitszeit: Nur der Staat kann den beschäftigungspolitischen Handlungsspielraum erweitern«, Discussion Paper IIM/LMP 84-5, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IIMV), Berlin.
- Schmid, G. (1982), »Zur Effizienz der Arbeitsmarktpolitik: Ein Plädoyer für einen Schritt zurück und zwei Schritte vor«, Discussion Paper IIM/LMP 82-3, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IIMV), Berlin.
- Schmid, G. (1986), »Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik: Plädoyer für einen regelgebundenen Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit«, in Karl-Jürgen Bieback (Hrsg.), *Perspektiven der Sozialversicherung und ihrer Finanzierung* (Frankfurt: Campus).
- Schmid, G. / Semlinger, K. (1980), *Instrumente gezielter Arbeitsmarktpolitik: Kurzarbeit, Einarbeitungszuschüsse, Eingliederungsbeihilfen* (Königstein i. Ts.: Anton Hain).
- Semlinger, K. / Schmid, G. (1985), *Arbeitsmarktpolitik für Behinderte* (Basel: Birkhäuser Verlag).
- Soltwedel, R. (1984), *Mehr Markt am Arbeitsmarkt* (München und Wien: Physika Verlag).
- Wadensjö, E. (1985), »The Financial Effects of Unemployment and Labour Market Policy Programs for Public Authorities in Sweden«, Discussion Paper IIM/LMP 85-7, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IIMV), Berlin.